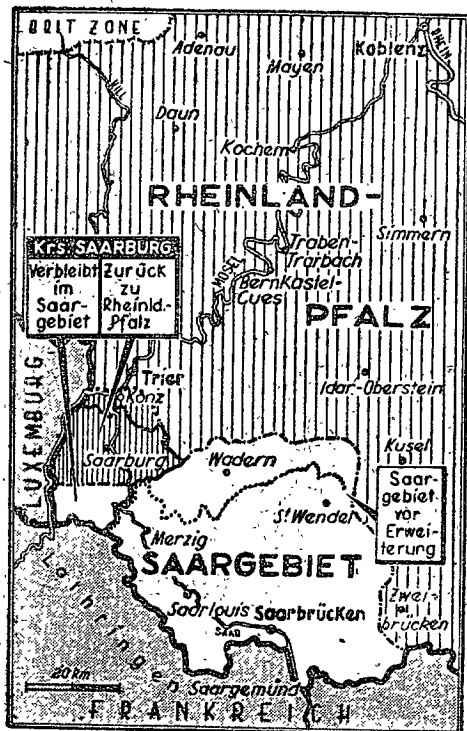




ausschreibt, daß binnen absehbarer Zeit der Ehrliche erdrückt werden muß, so bedeutet das eine künstliche Hochzüchtung von Schiebern."

"Ich bin bemüht, durch sachliche Kritik und Vorschläge Einfluß auf die Ausführungsbestimmungen zu den Steuergesetzen zu nehmen. Gelegentlich haben wir auch schon Erfolg gehabt. Nach langem Kampf wurde zum Beispiel das „soziale Sicherheitsventil im alten deutschen Einkommensteuergesetz“, der berühmte § 33, im April dieses Jahres wieder in Kraft gesetzt. Dieser Paragraph besagt, daß Leute, die durch unvorhergesehene Ausgaben finanziell stark belastet wurden, eine steuerliche Vergünstigung erlangen können."

"Wir haben leider nicht den Eindruck, daß die deutschen Berater der Kontrollkommission vom Fach sind. Wir merken so etwas gleich, wenn die Leute unsere Fachausdrücke nicht richtig anzuwenden verstehen". Dr. Kruft hatte vor einigen Monaten eine Denkschrift über die viel zu hohen Steuern verfaßt, die aber nicht veröffentlicht werden durfte. Nach seinen bisherigen Erfahrungen glaubt er nicht an eine baldige Senkung der Steuern. „Das würde die einmütige Beschlußfassung der vier Alliierten erfordern, und die sind sich leider nicht einmal über die Organisation der deutschen Finanzverwaltung einig“.

So gibt es z. B. in der amerikanischen Zone keine Leitstelle. Dort sind die Oberfinanzpräsidenten den Finanzministerien der Länder unterstellt, die in der Britenzone keinen Einfluß auf die Finanzverwaltung haben. Dafür hat aber die Hamburger Finanzleitstelle keinen Einfluß auf die Ausgabenseite des Zonenetats. Das ist Anlegenheit des zonalen Haushaltsamtes.

Bei den Franzosen ist es ähnlich wie in der amerikanischen Zone. Die Russen dagegen haben für ihre Zone in Berlin eine Zentralfinanzverwaltung geschaffen, für den russischen Sektor Berlins wurde eine Generalsteuereinspektion eingerichtet.

Im Bizonalen Exekutivrat ist ein alter Steuerfuchs, Ministerialdirektor Dr. Hartmann, Leiter der Hauptabteilung Finanzen. Er soll zukünftig die Finanzlegislative für die Bizone haben.

Präsident Kruft, der 1937 Pö. wurde, „um so besser seinen Kampf gegen Hitler führen zu können“, hat viel von der Welt gesehen. Fast zwei Jahre war er in Ostasien, vor allem in den Sumpfgebieten Indochinas. Südafrika und Spanisch-Marokko, dem Balkan und der Sowjet-Union stattete er ausgedehnte Besuche ab und sah dort mehr, als er sehen sollte. Einen Teil dieser Reisen unternahm er mit seinem Fischkutter „Seehund“, auf dem der Film „Abel mit der Mundharmonika“ gedreht wurde. Kruft reiste damals als Privatmann und arbeitete für seine volkswirtschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen.

Im „Dritten Reich“ wurde er Regierungsdirektor und kam als Vertreter des Reichsinteresses nach der Kriegsschadenverordnung zur Feststellungsbehörde Hamburg, zur Wasserstraßendirektion Hamburg und zum Kriegsschadenamt für die Seeschifffahrt. 1946 machten ihn die Engländer zum Präsidenten der Finanzleitstelle Hamburg und damit zum Vorgesetzten der sechs Oberfinanzpräsidenten der britischen Zone.

Ein Steckenpferd von ihm ist der Steuer- und Zollfahndungsdienst. Dabei interessiert ihn freilich weniger die kriminelle Seite als die Abgabenhinterziehungen, die mit jedem Schwarzmarktgeschäft verknüpft sind.

„Pecunia non olet — Geld stinkt nicht. Wenn der Schwarzhändler über seine



Überdrehte Steuerschraube
Wilhelm Kruft will zurückdrehen

schen Parteien konnte gegen diese aufgewandten Papiermengen konkurrieren. Das ganze Land werde solidarisch die Not des Kreises tragen, helfen, war das einzige, was Ministerpräsident Peter Aktmeier in Saarburg und Konz zur Wahl versprach.

67 Prozent der Wahlberechtigten haben gewählt. Die CDU hat mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten. Ferner liefen Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten.

Die Männer des CHB waren zufrieden. 32 Prozent hätten überhaupt nicht gewählt, rechneten sie, und 19 Prozent der Stimmen seien ungültig. Das mache 51 Prozent für den „Christlichen Heimatbund“. Es gab enorme Siegesfeiern. Die deutschen Parteien meinten, Wahlmüdigkeit gebe es überall, nicht nur in Deutschland, und die Rechnung des CHB sei milchmädchenhaft.

Steuermann gegen den Strom

Auslese von Schiebern

Während Wilhelm Kruft, der Präsident der Finanzleitstelle der britischen Zone in Hamburg seinem zonalen Kollegen Wilhelm Kisselbach vom Zentraljustizamt seine Glückwünsche zum 80. Geburtstag aussprach, wurde Krufts Amtszimmer am Rödingsmarkt in Hamburg gerade ausgeräumt. Dr. Kruft zog in das Haus der Militärregierung an der Esplanade 6 um.

Dort hat Mr. Flint von der Zonal Tax Administration, Finance Division, sein Office. Mr. Flint ist die höchste Instanz der britischen Militärregierung für die deutsche Finanzverwaltung in der britischen Zone und die Finanzleitstelle das ausführende Organ für die Kontrollratsgesetze.

„Uns ist jede eigene Finanz- und Steuerpolitik von der Kontrollkommission untersagt“, sagt Dr. Kruft, der als Sohn eines Ruhrindustriellen zwischen Schornsteinen und Maschinen in Hattingen an der Ruhr geboren wurde. Der heute 60jährige Volljurist und Reichstagsabgeordnete der Weimarer Republik bedauert, daß die Deutschen beim Zustandekommen dieser Kontrollratsgesetze nicht gehört wurden. Dr. Kruft erinnert an die Worte Helfferichs: „Wenn ein Staat Steuern in einer Höhe

schwarzen Geschäfte Buch führt und seine Steuern richtig bezahlt, sind wir nicht verpflichtet, Strafanzeige zu erstatten.“ Dennoch kann auch im öffentlichen Interesse das Steuergeheimnis gebrochen werden, wenn es sich um größere Schädigungen der Bedarfsdeckung handelt.

Schwarzhandelsgeschäfte unterliegen der Umsatzsteuer, sofern sie nachhaltig zur Erzielung von Einnahmen getätigt werden. Private Tauschgeschäfte oder Einkünfte aus einmaligen Verkäufen — selbst wenn dabei hohe Summen vereinnahmt wurden — sind daher nicht umsatzsteuerpflichtig. „Sogenannte Otto-Reuter-Geschäfte (O. R. = ohne Rechnung) aber verstoßen immer gegen Handels- und Steuergesetze“, sagt der freundliche Herr lächelnd.

Nur Tarnung

Im intimen Theater

Ich werde natürlich Berufung einlegen“, sagte Wilhelm Simpfendörfer, Württemberg-Badens ehemaliger CDU-Kultminister, zu seinem Sohn, als er gerade als Minicbelausteter eingestuft worden war. Vergeblich versuchte der Sohn, seinen Vater mit dem Leib gegen die aufdringlichen Bildreporter zu schützen. 1000 RM muß er zahlen, verliert sein aktives und passives Wahlrecht und muß 6000 RM Prozeßkosten tragen. Als Schullehrer und Prediger soll er weiter tätig sein dürfen. Er wußte es schon vorher. Parteifreunde hatten nicht dicht gehalten.

Der Festsaal der Jahn-Schule in Stuttgart-Feuerbach war der erste Schauplatz der geistigen Klimmzüge Wilhelm Simpfendörfers. In einem Opelwagen war er damals vorgefahren und hatte neben seiner Familie die halbe Einwohnerschaft seines Heimatstädtchens Korntal mitgebracht. Dem Spruchkammervorsitzenden Dr. Walter Molt mißfiel die zur Schau getragene Solidarität der Korntaler mit ihrem Mitbürger offensichtlich. Er verbot den im Saal Anwesenden, die im Vorzimmer lauernden Zeugen über den Sitzungsverlauf zu orientieren.

Der öffentliche Kläger Erwin Stumpp, ein bescheiden aussehender Herr mit tag-

lich wechselnder guter Garderobe, warf dem Betroffenen 12 Schreibmaschinen-seiten lang vor, er habe durch seine Haltung in der Reichstagsitzung vom 23. März 1933 und in den späteren Jahren Hitler und den Nationalsozialismus außerordentlich unterstützt.

Drei Punkte wurden ihm besonders zur Last gelegt: sein Gastverhältnis zu der Reichstagsfraktion der NSDAP, die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz und prohitlerische Auslassungen in seinem Organ „Der evangelische Weg“.

„Ich nahm nur Fühlung mit der Reichstagsfraktion der NSDAP, um überhaupt noch politisch tätig sein zu können“, verteidigte sich der ehemalige Chef des „Christlich-sozialen Volksdienstes“. Sonst erinnere er sich an diese Zeit gar nicht mehr. Die Artikel im „Evangelischen Weg“ seien Tarnung gewesen. „Denn nur so konnte ich weiter gegen Hitler kämpfen.“

Der Kläger reduzierte seine Ansprüche und forderte die Einstufung in die Klasse 2 der Belasteten. Des Betroffenen Rechtsbeistand Rudolf Burk tippte auf „nicht betroffen“. Die Kammer vertagte sich. „Er wird Belasteter“, erzählte der KPD-Beisitzende in der Straßenbahn. Dr. Walter Molt fuhr in Urlaub.

Vor den Kulissen von „Biographie und Liebe“ tauchte er wieder auf. Das Stuttgarter „Intime Theater“ war für die Urteilsverkündung beschlagnahmt worden. Molt ließ einen Belastungspunkt nach dem anderen unter den Tisch fallen und erkannte Simpfendorfers Tarnungspolitik an. Nur bei dem von Simpfendorfer unterzeichneten Wahlaufuf im „Evangelischen Weg“ empfand Dr. Molt die Anklage als berechtigt. Das könne man nicht mehr Tarnung nennen.

Franz Karl Maier, Lizenzträger der „Stuttgarter Zeitung“, saß an dem Presse-tisch. In seiner öffentlichen Anklägerzeit hatte er den Stein ins Rollen gebracht. „Wissen Sie, es ist mir ganz gleichgültig, in welche Stufe man ihn einreihet; es ging mir nur darum, ihn als Kultminister abzusagen“, sagte er nun.

Rußland darf mitmachen

Die einzige Rechtspartei

Dr. Leuchtgens hat große Sorgen. „Das ist ja ein „vicious circle“, rief er aus. „Sehen Sie“, erklärte er einem ihn interviewenden Pressevertreter, „die Militärregierung sagt, ich müßte erst mehr Mitglieder haben, bevor sie meine Partei als Landespartei zulassen könne. Ohne diese Zulassung jedoch kann ich keine öffentlichen Werbemittel, wie z. B. den Rundfunk, benutzen, und also nicht genügend Mitglieder werben. Aus diesem unsinnigen Kreislauf müssen wir heraus, dann erst können wir richtig loslegen.“

Die National-Demokratische Partei hat nämlich erst wenig mehr als 700 Mitglieder. „Die hervorragende Eigenschaft des Nachkriegsdeutschen ist Angst, sehr große Angst“, sagte der weißhaarige Doktor, der mit Bernard Shaw einige Ähnlichkeit hat. Kein Mensch habe den Mut, sich zu einer bestimmten Parteirichtung zu bekennen. Daran sei aber nichts weiter als „unkluger Entnazifizierung“ schuld.

Der ehemalige Seminarlehrer, der in Friedberg, unweit Frankfurt, in einer gemühtlichen Dreizimmerwohnung lebt, hat trotz seiner 70 Jahre mit der National-Demokratischen Partei viel vor.

In Flugblättern, adressiert an alle „freien, wohlgesinnten Deutschen“, ruft er zur Bildung einer „großen bürgerlichen Einheitspartei“ auf und fordert das Zweiparteien-system für Deutschland.



Wie George Bernard Shaw
Leuchtgens legt los

„Wir müssen uns heute politisch nach England und den USA richten“, meint er. In diesen Ländern gebe es auch nur zwei Parteien — eine linke und eine rechte.

Mit dem Staatskommunismus — sei er nun nationaler oder internationaler Prägung — müsse man in Deutschland endlich einmal Schluß machen, nachdem man ihm 200 Jahre lang gehuldigt habe. Dem will er eine auf den Ueberlieferungen der Jahrhunderte fußende „demokratische Bürger-, Arbeiter- und Bauernpartei“ entgegenstellen.

Leuchtgens, der ein eifriger Leser der anglo-amerikanischen Presse ist, fühlt sich besonders den englischen Kreisen eines Winston Churchill und den amerikanischen republikanischen Kreisen der Senatoren Taft und Vandenberg nahestehend.

„Wir sollten uns die angelsächsische Lebensweise zum Vorbild nehmen und endlich einmal die Macht des bisher allmächtigen Staates brechen“, sagt Leuchtgens. „Wir möchten ein schwaches, bundesstaatliches Deutschland, in dem der Staat nichts weiter zu tun hat, als für Ruhe und Ordnung zu sorgen.“

Die Hauptstadt des von ihm erstrebten Bundesstaates soll Frankfurt am Main sein. Aus traditionellen Gründen und auch „weil Berlin bereits auf slawischem Gebiet liegt“. Er beeilt sich aber hinzu-zusetzen, daß er die Ostzone keineswegs abschreibe. Die sei zum Wiederaufbau unbedingt nötig.

Vom Sozialismus möchte Leuchtgens überhaupt nichts wissen. Der führe nur über die Versklavung des Individuums zum totalitären Staat. Dasselbe gelte auch für den Kollektivismus. „Meine Partei ist bis jetzt die einzige Rechtspartei in Deutschland. Alle anderen zur Zeit bestehenden Parteien sind mehr oder weniger Linksparteien.“

Besonders schwer im Magen liegt ihm die neugegründete Republikanische Union Deutschlands. „Ihr Gründer, Wolfgang E. Breithaupt, wollte ursprünglich mit uns zusammenarbeiten. Aber nachdem er von uns Unterstützung empfangen hatte, ließ er uns schmähtlich im Stich; ging nach

München und machte seinen eigenen Laden auf.“ Leuchtgens hat ihn abgeschrieben und will mit ihm nichts mehr zu tun haben.

Etwas ganz Neuartiges und Besonderes hat er sich für die Schaffenden ausgedacht. Er will „Berufsstände“ schaffen, an deren Spitze „Berufsstandskammern“ stehen. Sieben an der Zahl. Sie sollen für die Berufsausbildung und soziale Betreuung der Mitglieder verantwortlich sein.

Obenan stehen die Bauern. Dann kommt der Handwerkerstand, danach die Kaufleute. Es folgen die Angestellten, Beamten und Arbeiter. Die letzten in der Reihe sind die Gelehrten und Künstler. Professionelle Politiker stehen nicht auf seiner Liste.

Der ehemalige KZ-Inssasse weist besonders gern darauf hin, daß er bereits im Herbst 1945 ein vereinigtes Europa in sein Parteiprogramm aufgenommen habe. Unter englischer Führung sollen alle westeuropäischen Staaten darin vertreten sein. Das faschistische Spanien will er nicht als Mitglied sehen. Aber Rußland und seine Satelliten könnten jederzeit beitreten. Wenn sie Lust hätten.

Flüchtlings-Freiherr

In den besten Gründerjahren

Die Vertreter der Militärregierung horchten auf, die Presseberichte erwarteten aus ihrer Lethargie und beugten sich angeregt vor, als das Zonenbeiratsmitglied Görlinger Aufsehen erregende Mitteilungen von einer deutschen „Exil-Regierung der Ostvertriebenen“ machte. Dies geschah im Zonenbeirat anlässlich der ausgedehnten Debatte über das Koalitionsrecht der Flüchtlinge.

Robert Görlinger, der Bezirksbürgermeister in Köln und Vorsitzender der SPD von Nordrhein-Westfalen ist, berichtete, daß auf Schloß Kappenburg bei Lünen in Westfalen, dem Stammsitz der Freiherrn vom Stein, ein gewisser Graf Kanitz sich zum Chef dieser Exil-Regierung gemacht habe, deren geistiger Vater der Freiherr von Rheinbaben sei.

Görlinger hatte diese Informationen vertraulich von seinem Freund Werner Jacobi bekommen, der, gleich ihm der SPD angehörend, Oberbürgermeister von Iserlohn und Lizenzträger der „Westfälischen Rundschau“ ist. Dr. Jacobi war nicht sehr erbaud, daß seine Ermittlungen auf diese Weise etwas verfrüht publik wurden. Denn inzwischen hatten seine Gewährsleute einige Punkte berichtet.

„Graf Kanitz hat gar nichts damit zu tun, er ist ein ehrenwerter Trottel, der viel zu malade ist und gar keinen Ehrgeiz hat. Auch Freiherr vom Stein hängt mit den Rheinbaben-Plänen nicht zusammen.“ So Jacobi.

Auf den rührigen Freiherrn Wilhelm von Rheinbaben ist das 39jährige, blondgelockte Iserlohner Stadtoberhaupt allerdings nicht gut zu sprechen. Der sehr vitale Jurist, den die Nazis acht Jahre ins KZ brachten und von dem man sagt, er sei als „Staatskommissar gegen Korruption“ vorgesehen, bezeichnet den blaublütigen Großgrundbesitzer als einen „Chancenjäger mit politischen Ambitionen“.

Der 63jährige Ostelbier, der fünf große Güter im heute von Polen besetzten Gebiet besaß, ist Experte im Vereinsgründungswesen. Kaum war er 1945 bei seinem Vetter, dem Grafen Stosch auf Hays Ruhr, mit einem großen Pferdetreck angekommen, als er auch schon ein „Selbsthilfe-Werk deutscher Flüchtlinge“ gründete.

Damals war Jacobi Landrat des Kreises Iserlohn und mißtraute dem freiherrlichen